

CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Rödinghausen

Fraktionsvorsitzender Marco Möhle

Westkilverstr. 63 · 32289 Rödinghausen

Rödinghausen, im Mai 2026

Haushaltsrede 2026*Marco Möhle, CDU-Fraktionsvorsitzender Rödinghausen***Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lux, lieber Siggi,****sehr geehrte Ratsmitglieder,****liebe Mitarbeitende der Rathausverwaltung,****werte Pressevertreter,****verehrte Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Gemeinde,**

zunächst einmal möchte ich mich – wie es seit Jahren gute Tradition ist – bei den Mitarbeitern der Kämmerei, Herrn Christian Nollmann und Herrn Björn Vogt, für die sorgfältige Ausarbeitung des Haushaltsplanes 2026 bedanken. Mein besonderer Dank gilt erneut Herrn Vogt für die ausführlichen Erläuterungen im Rahmen unserer Fraktionssitzung.

Es ist Tradition geworden, eine Haushaltsrede mit einem passenden Zitat zu beginnen. Mein Zitat in diesem Jahr stammt – wieder einmal – aus meiner eigenen Haushaltsrede des letzten Jahres:

„Wir haben kein Einnahmeproblem – wir haben ein Ausgabeproblem.“

Was im letzten Jahr Diagnose war, ist in diesem Jahr Realität. Der Haushaltsentwurf 2026 zeigt schwarz auf weiß: Die Substanz ist aufgezehrt, die Reserven sind verbraucht, und wir steuern – das hat der Kämmerer am 26. März in seiner Einbringungsrede selbst klargemacht – mit dem Haushalt 2027 unmittelbar in die Haushaltssicherung. Damit ist genau das eingetreten, wovor die CDU-Fraktion seit Jahren an dieser Stelle warnt.

1. Die Lage – nüchtern betrachtet

Lassen Sie mich die Eckdaten in aller Klarheit benennen, damit alle Bürgerinnen und Bürger wissen, worüber wir hier eigentlich reden.

Der Haushalt 2026 weist ein Defizit von 5,6 Millionen Euro aus – nach Abzug eines globalen Minderaufwands von 807.000 Euro. Im Vorjahresvergleich verschlechtert sich das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit nochmals deutlich. Den ordentlichen Erträgen von 34 Millionen Euro stehen ordentliche Aufwendungen von 40 Millionen Euro gegenüber – das Aufwandsniveau übersteigt erstmals den bisherigen Höchststand aus dem Jahr 2023.

Damit nicht genug: In der mittelfristigen Finanzplanung wachsen die Defizite konstant weiter –

auf 6,3 Millionen Euro im Jahr 2027, 6,8 Millionen Euro in 2028 und 7,3 Millionen Euro in 2029.

Die Konsequenzen sind dramatisch: Die Ausgleichsrücklage – also unsere finanzielle Reserve, die wir uns in den guten Jahren mühsam aufgebaut haben – sinkt auf 3,4 Millionen Euro zum 1. Januar 2026 und ist mit dem Haushaltsjahr 2026 vollständig aufgebraucht. Darüber hinaus müssen rund 2,2 Millionen Euro – also 12,7 Prozent – aus der allgemeinen Rücklage entnommen werden. Schon ab dem Jahr 2027 arbeiten wir mit Verlustvorträgen, und die Genehmigung des Haushalts liegt dann nicht mehr in unserer Hand, sondern bei der Kommunalaufsicht.

Auf gut Deutsch: Das Sparbuch unserer Gemeinde ist leer. Wir leben endgültig von der Substanz.

2. Die Verschuldung – ein Alarmsignal, das viel zu lange ignoriert wurde

Was in den vergangenen Haushaltsreden mahnender Hinweis war, ist heute bittere Realität. Schauen wir uns die Verschuldungsentwicklung an:

Die kurzfristigen Liquiditätskredite – also unser kommunaler Dispokredit – haben sich in einem atemberaubenden Tempo aufgetürmt: 4,35 Millionen Euro im Jahr 2023, 9 Millionen Euro in 2024, 15,29 Millionen Euro in 2025. Für 2026 sind 20,6 Millionen Euro geplant, 2029 werden es voraussichtlich 40,5 Millionen Euro sein. Eine Verzehnfachung in nur sechs Jahren.

Die langfristigen Investitionsdarlehen wachsen parallel von 14,5 Millionen Euro Anfang 2026 auf voraussichtlich 17,7 Millionen Euro zum Jahresende. Die

Kreditermächtigung in § 2 der Haushaltssatzung beträgt allein für dieses Jahr 3,7 Millionen Euro.

Die Zinsbelastung im Ergebnisplan 2026 liegt bei 801.600 Euro – und in der Finanzplanung steigt sie weiter: auf knapp 1,4 Millionen Euro im Jahr 2029. Allein die Zinsen für unsere Liquiditätskredite werden sich von 366.000 Euro im Jahr 2026 auf 768.000 Euro im Jahr 2029 mehr als verdoppeln.

Das ist die **Zins-Schuldenspirale**, die der Kämmerer im Vorbericht selbst beim Namen nennt. Und genau davor hat die CDU-Fraktion seit Jahren gewarnt.

Im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle gesagt: „Ein Unternehmen, das jedes Jahr seinen Dispokredit erhöht, hätte längst die Alarmglocken läuten hören.“ Heute, ein Jahr später, läuten die Glocken nicht mehr – sie schrillen.

3. Die Steuern – wer zahlt am Ende die Zeche?

Die Antwort auf das strukturelle Defizit lautet, wie schon in den Vorjahren: Steuererhöhung. Erst die Bürger, dann die Unternehmen – und nun beide gemeinsam.

Grundsteuer B:

Der Hebesatz steigt von 529 auf 584 Prozent. Das ist innerhalb von nur zwei Jahren ein Sprung von 443 Prozent (in 2024) auf 584 Prozent – eine Steigerung um nahezu ein Drittel. Jeder Eigentümer, jeder Mieter in Rödinghausen wird das im Geldbeutel spüren.

Grundsteuer A:

Hier steigt der Hebesatz von 386 auf 405 Prozent.

Gewerbsteuer:

Der Hebesatz wird auf 459 Prozent erhöht – nach 449 Prozent im Vorjahr und 430 Prozent noch 2024. Damit liegt unsere Gemeinde inzwischen deutlich oberhalb des Nivellierungshebesatzes des Landes von 421 Prozent. Und der Kämmerer kündigt in seiner Präsentation bereits an: weitere jährliche Steigerungen um fünf Prozentpunkte sind in der Finanzplanung eingerechnet.

Der Gesamtmehrertrag aus diesen drei Hebesatzanhebungen: rund 500.000 Euro. Bei einem Defizit von 5,6 Millionen Euro. Das heißt: Die Steuererhöhung deckt nicht einmal ein Zehntel des Lochs.

Die CDU-Fraktion hat aus diesem Grund schon im Dezember 2025 in den Haushaltsberatungen klar Position bezogen – und wir wiederholen es heute: **Höhere Steuern lösen kein strukturelles Ausgabenproblem. Sie verdecken es nur.**

Wir warnen ausdrücklich vor den Folgen: Höhere Gewerbesteuern in einer Wachstumskrise – und in einer solchen befindet sich Deutschland nach Aussage der Steuerschätzer aktuell – sind ein Standortrisiko. Die Gewerbesteuer macht 50 Prozent unserer Steuererträge aus. 180 gewerbesteuerpflichtige Betriebe tragen unsere Gemeinde. Wenn nur einige davon ihre Investitionen, ihre Erweiterungen, im schlimmsten Fall ihren Standort überdenken, dann reden wir nicht mehr über 500.000 Euro Mehrertrag, sondern über Millionenausfälle.

4. Die wahren Kostentreiber – und der wunde Punkt: die Kreisumlagen

Schauen wir auf die Aufwandsseite, dann wird das eigentliche Problem sichtbar:

Die Transferaufwendungen explodieren. 19 Millionen Euro im Jahr 2026 – ein Plus von 2,8 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Allein 84,81 Prozent dieser Transferaufwendungen entfallen auf die Umlagen an den Kreis Herford.

Die allgemeine Kreisumlage:

Steigt von 38,9 auf 41,9 Prozent – das sind plus 3 Prozentpunkte. Das macht eine Mehrbelastung von 812.000 Euro auf nun 9,5 Millionen Euro.

Die Jugendamtsumlage:

Steigt von 27,94 auf 34,81 Prozent – plus 6,87 Prozentpunkte. Das bedeutet eine Mehrbelastung von 1,6 Millionen Euro auf 7,9 Millionen Euro. Zur Erinnerung: 2018 lag dieser Posten noch bei 3,9 Millionen Euro – innerhalb von acht Jahren also mehr als eine Verdopplung.

Zusammen: 17,5 Millionen Euro fließen an den Kreis Herford – fast genau so viel wie unser gesamtes Gewerbesteueraufkommen von 17,45 Millionen Euro. 64,17 Prozent unserer kommunalen Steuererträge werden durch Umlagen aufgezehrt. Wenn man die Gewerbesteuerumlage an Bund und Land hinzurechnet, verbleiben nur noch rund 30 Prozent unseres Steueraufkommens in der Gemeinde.

Das ist nicht hinnehmbar. Eine Kommune, die so wirtschaftlich erfolgreich ist wie Rödinghausen, die abundant ist und keine Schlüsselzuweisungen erhält, darf nicht zum reinen Geldbeschaffer für eine Kreisverwaltung werden, die offenbar selbst keine ausreichende Ausgabendisziplin kennt.

Die CDU-Fraktion fordert daher den Bürgermeister ausdrücklich auf, im Verfahren der Benehmensherstellung mit dem Kreis Herford diese Hebesatzsteigerungen mit allem politischen Nachdruck zurückzuweisen. Wir können nicht jedes Jahr die Belastungen unserer Bürger und Unternehmen erhöhen, während wir gleichzeitig stillschweigend akzeptieren, was uns aus Herford in Rechnung gestellt wird.

5. Personalkosten – das alte Lied, das niemand hören will

Auch beim Personal hat sich nichts Grundlegendes geändert. Die Personal- und Versorgungsaufwendungen liegen 2026 bei 7,4 Millionen Euro – plus 4,19 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Der Kämmerer schreibt in seiner Präsentation: „Keine Stellenmehrungen im Stellenplan“. Das ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung – und das erkennen wir ausdrücklich an. Aber wir reden hier über die Eindämmung des Wachstums, nicht über eine Reduzierung.

Zur Erinnerung: 2014 lagen unsere Personalauszahlungen bei 3,3 Millionen Euro. 2024 waren es 5,8 Millionen Euro – ein Plus von 76,8 Prozent in zehn Jahren. Die Forderung der CDU-Fraktion aus der Haushaltsrede 2024 gilt unverändert: Wir brauchen nicht nur eine Begrenzung, sondern in den Folgejahren eine Reduzierung der Personalkosten.

Besonders kritisch sehen wir die Entwicklung beim Sondervermögen Abwasser. Die CDU-Fraktion hat dem Wirtschaftsplan 2026 ausdrücklich nicht zugestimmt. Die Personalkosten sind dort innerhalb von vier Jahren um 68 Prozent gestiegen – von 268.000 auf 451.000 Euro. Der Verwaltungskostenbeitrag stieg im gleichen Zeitraum um fast 70 Prozent von rund 154.000 auf 260.000 Euro. Diese Kostenexplosion landet eins zu eins bei unseren Bürgerinnen und Bürgern: Die Schmutzwassergebühr steigt von 3,90 auf 4,29 Euro je Kubikmeter, die Niederschlagswassergebühr von 0,50 auf 0,66 Euro je Quadratmeter. Auch diese Gebührenerhöhungen lehnen wir ab – aus den genannten Gründen.

6. Investitionen – Licht und Schatten

Bei den Investitionen will ich differenzieren. Der Haushalt sieht ein Investitionsvolumen von rund 6,9 Millionen Euro vor.

Was wir ausdrücklich unterstützen:

- 1,38 Millionen Euro für die abschließende Sanierung der Gesamtschule – **richtig und überfällig**. 1,35 Millionen Euro davon sind durch das NRW-Infrastrukturgesetz gefördert. Bildungsinfrastruktur ist Generationengerechtigkeit.
- 1,73 Millionen Euro für die Instandsetzung der gemeindlichen Infrastruktur, davon 560.000 Euro für den Radweg L 557 – **ein lange gefordertes Projekt**, das endlich umgesetzt wird.

7. Was wir konkret fordern

Klagen allein reicht nicht. Die CDU-Fraktion legt deshalb auf den Tisch, was aus unserer Sicht jetzt zu geschehen hat:

Erstens: Ein verbindliches Konsolidierungsprogramm. Der Haushalt 2026 enthält keinerlei eigene Sparbeiträge der Verwaltung – außer dem ohnehin im Gesetz vorgesehenen globalen Minderaufwand. Das ist zu wenig. Wir erwarten bis zur Einbringung des Haushalts 2027 ein Maßnahmenpaket der Verwaltung mit konkreten Konsolidierungsbeiträgen.

Zweitens: Eine konsequente Aufgabenkritik. Welche freiwilligen Leistungen können wir uns angesichts der Lage noch leisten? Welche Prozesse können durch Digitalisierung effizienter werden? Welche Stellen können bei altersbedingter Fluktuation – immerhin werden 36 Prozent der Belegschaft in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand gehen – nicht oder nicht in der bisherigen Wertigkeit nachbesetzt werden?

Drittens: Mehr demokratische Kontrolle bei Ausgaben. Unser Antrag in der Ratssitzung am 11. Dezember 2025, die Wertgrenze des Bürgermeisters für überplanmäßige Ausgaben auf 15.000 Euro zu begrenzen – wie sie etwa in Kirchlengern gilt –, war kein Misstrauensvotum, sondern eine maßvolle Reform im Sinne von Transparenz und demokratischer Kontrolle. In wirtschaftlich schweren Zeiten muss jeder Euro mit der notwendigen politischen Sorgfalt geprüft werden.

Viertens: Eine harte Linie bei den Kreisumlagen. Der Bürgermeister muss sich mit Nachdruck auf Kreisebene gegen die übermäßigen Umlageerhöhungen einsetzen. Wir können hier nicht weiter alles widerspruchslos mittragen.

Fünftens: Verlässliche Konnexität von Bund und Land. Die kommunalen Spitzenverbände rechnen für 2025 mit einem kommunalen Finanzierungssaldo von minus 28,1 Milliarden Euro – allein 30 Prozent davon entfallen auf NRW. Hier ist die Politik in Berlin und Düsseldorf gefragt: Wer Aufgaben zuweist, muss sie auch finanzieren. Hier appellieren wir – über alle Parteigrenzen hinweg – an unsere Mandatsträger auf Landes- und Bundesebene.

8. Fazit

Verehrte Bürgerinnen und Bürger,

dieser Haushalt 2026 ist in mehrfacher Hinsicht ein historischer Haushalt – aber leider in keinem guten Sinne:

- Er verzehrt unsere Ausgleichsrücklage vollständig.
- Er greift erstmals seit Jahren wieder auf die allgemeine Rücklage zu.
- Er führt uns mit dem Haushalt 2027 in die Haushaltssicherung.
- Er erhöht die Steuern auf breiter Front – Grundsteuer A, Grundsteuer B, Gewerbesteuer.
- Er treibt die Liquiditätskredite auf einen historischen Höchststand.
- Und er reicht die ungebremsten Ausgabensteigerungen des Kreises ungefiltert an die Bürger und Unternehmen weiter.

Und genau weil wir es bei der Kritik nicht belassen wollen, haben wir als CDU-Fraktion in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses **sieben konkrete Haushaltsbegleitanträge** eingebracht. Wir haben uns die Mühe gemacht, den Verwaltungsentwurf Position für Position zu prüfen und dort, wo es uns geboten erschien, eigene Vorschläge auf den Tisch zu legen:

- **Streichung der zusätzlichen Schlepperbeschaffung beim Umweltbetrieb**
- **Zurückstellung der Beschaffung des Drehleiterfahrzeugs**
- **Streichung der Planungskosten für ein neues Feuerwehrhaus** – solange keine belastbare Gesamtkonzeption und keine seriöse Folgekostenrechnung vorliegen.
- **Absenkung der Wertgrenze nach § 8 der Haushaltssatzung** – für mehr Transparenz und politische Kontrolle bei über- und außerplanmäßigen Ausgaben.

- **Verzicht auf die Erhöhung der Realsteuerhebesätze** – weil ein strukturelles Ausgabenproblem nicht durch eine Mehrbelastung von Bürgern und Unternehmen gelöst werden darf.
- **Konzepte und Planungen grundsätzlich durch eigenes Personal** – wenn wir uns schon eine wachsende und höher eingruppierte Verwaltung leisten, dann muss diese auch in der Lage sein, ihre Kernaufgaben selbst zu erledigen, statt teure externe Planungsbüros zu beauftragen.
- **„k.w.“-Vermerke und Wiederbesetzungssperre im Stellenplan** – damit die altersbedingte Fluktuation tatsächlich genutzt wird, um den Personalkörper schrittweise und sozialverträglich zu konsolidieren.

Das sind sieben Vorschläge, die im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten **konkret, sofort umsetzbar und in Summe spürbar entlastend wirken**. Wer der CDU-Fraktion vorwirft, sie kritisiere nur, der findet hier die Antwort: Wir haben uns Gedanken gemacht.

Was uns am meisten besorgt: Es fehlt nach wie vor ein erkennbares politisches Konzept, wie wir aus dieser Spirale herauskommen. Die Verwaltung verweist – wie auch der Bürgermeister es in der Sitzung am 26. März getan hat – auf die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen durch Bund und Land. Das ist nicht falsch. Aber es ist auch nicht die ganze Wahrheit. Denn wer die Verantwortung allein an Berlin und Düsseldorf delegiert, blendet aus, dass auch wir vor Ort in Rödinghausen Verantwortung tragen – für jede Stelle, die wir schaffen, für jede Investition, die wir tätigen, für jeden Euro, den wir ausgeben.

Die CDU-Fraktion bleibt deshalb bei ihrer klaren Haltung: **Wir haben kein Einnahmeproblem. Wir haben ein Ausgabenproblem**. Und wir werden nicht aufhören, das hier in diesem Rat zu sagen – auch wenn es manchen unbequem ist.

Die CDU-Fraktion Rödinghausen wird deshalb dem Haushalt 2026 in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Abschließend möchte ich mich im Namen der gesamten CDU-Fraktion bei Bürgermeister Lux und dem Verwaltungsvorstand für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die trotz schwieriger Rahmenbedingungen Tag für Tag mit hohem Engagement für unsere Gemeinde arbeiten. Diese Wertschätzung ist uns wichtig – und sie steht im klaren Unterschied zu unserer politischen Bewertung des Zahlenwerks, das uns heute zur Abstimmung vorliegt.

Lassen Sie uns gemeinsam – über Fraktionsgrenzen hinweg – daran arbeiten, dass wir bei der Einbringung des Haushaltes 2027 nicht über noch höhere Defizite und noch höhere Schulden reden müssen, sondern über die ersten Erfolge eines ehrlichen Konsolidierungskurses.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Marco Möhle

CDU-Fraktionsvorsitzender Rödinghausen